

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 16. November 2009

Korrigierte und vom Gemeinderat genehmigte Fassung.

**26. Sitzung vom Montag, 16. November 2009, 19.00 bis 21.25 Uhr, im reformierten
Kirchgemeindehaus**

Anwesend: Gemeinderat
28 Mitglieder

Stadtrat

Walter Baur

Walter Bosshard, Stadtpräsident

Mark Eberli

Hanni Guyer

Jürg Hintermeister

Hanspeter Lienhart

Max Nievergelt

Christian Mühlethaler, Stadtschreiber

Roger Suter, Stadtschreiber-Stv.

Vorsitz: Esther Caviola

Protokoll: Denise Meyer, Ratssekretärin

Weibeldienst: Gino Taiana, Stadtweibel

Die **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüsst die Mitglieder des Gemeinderats und des Stadtrats, das Publikum, die Pressevertreter sowie die Behördenmitglieder und das Personal der Stadtverwaltung. Ein spezieller Willkommensgruss gilt Daniel Ammann, welcher anstelle des zurückgetretenen Willy Wüthrich neu für die FDP in den Gemeinderat nachgerückt ist.

Frédéric Clerc zeigte sich auf Anfrage bereit, das Amt des Stimmzählers bis zu Traktandum 2 zu übernehmen. Gegen diesen Vorschlag werden keine Einwände erhoben.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 16. November 2009

Traktandenliste

Die Traktandenliste wird wie folgt gutgeheissen:

1. Protokoll der Sitzung vom 31. August 2009
2. Ersatzwahlen
 - a) Stimmzähler/in
 - b) Mitglied in die Rechnungsprüfungskommission
3. Stelle eines/einer Kulturbeauftragten
4. Neues Marktreglement der Stadt Bülach
5. Spital Bülach, Teilrevision der Zweckverbandstatuten
6. Bauabrechnung Winterthurerstrasse
7. Bauabrechnung Sanierung Allmendstrasse, Feldstrasse – Kehrplatz bei der A 51 Kloten – Bülach
8. Information Stadtpräsident Walter Bosshard betr. Stand Zentrales Verwaltungsgebäude
9. Fragen an Kommissionen und Stadtrat
10. Diverses

Eingang von persönlichen Vorstössen

Es sind keine persönlichen Vorstösse eingegangen.

Traktandum 1

Protokoll der Sitzung vom 31. August 2009

Das Protokoll vom 31. August 2009 wird mit 27 Stimmen, bei einer Enthaltung, genehmigt und verdankt.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 16. November 2009

Traktandum 2

Ersatzwahlen

a) Stimmzähler/in

Nach dem Ausscheiden von Willy Wüthrich ist eine Ersatzwahl des Stimmzählers vorzunehmen.

Walter Fehr schlägt namens der IFK vor, Daniel Ammann, FDP, als Stimmzähler zu wählen.

Das Wort wird nicht verlangt.

In der offen durchgeführten Wahl wird **Daniel Ammann** mit 27 Stimmen, bei einer Enthaltung, für den Rest der Amtsdauer 2006-2010 als Stimmzähler gewählt.

b) Ersatzwahl eines Mitglieds Rechnungsprüfungskommission

Nach dem Ausscheiden von Willy Wüthrich ist ebenfalls ein Sitz in der Rechnungsprüfungskommission vakant. Es ist eine Ersatzwahl vorzunehmen.

Walter Fehr schlägt namens der IFK einstimmig vor, Daniel Ammann, FDP, als Mitglied in die Rechnungsprüfungskommission zu wählen.

Das Wort wird nicht verlangt.

In der offen durchgeführten Wahl wird **Daniel Ammann** mit 27 Stimmen, bei einer Enthaltung, für den Rest der Amtsdauer 2006-2010 als Mitglied der Rechnungsprüfungskommission gewählt.

Traktandum 3

Stelle eines/einer Kulturbeauftragten

Zu diesem Geschäft liegen die Abschiede der Fachkommission II und der RPK vor.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 16. November 2009

Die Fachkommission II empfiehlt mehrheitlich die Annahme des stadträtlichen Antrags. Eine Minderheit der Fachkommission möchte, dass die Stadt entgegen dem Kulturkonzept wie bisher Kultur *nur administrativ* und nicht weiter begleitet.

Die Fachkommission II stellt einstimmig folgenden Zusatzantrag: „Vor der Ausschreibung der Stelle der/des Kulturbeauftragten ist eine detaillierte Funktionsbeschreibung auszuarbeiten. Diese Funktionsbeschreibung muss vor dem Stellenantritt auf die angestellte Person genau angepasst werden.“

Die RPK empfiehlt mit Stichentscheid, der Antrag des Stadtrats sei abzulehnen.

Als Begründung gibt die RPK an: „Obwohl die Konzentration der Aufgaben auf eine Person sinnvoll ist, erachtet der ablehnende Teil der RPK die zusätzlichen Mittel in diesem Umfang als nicht notwendig und stellt deshalb auch das Kosten-/Nutzenverhältnis in Frage.“

Stefan Schnegg erklärt namens der Fachkommission II, vor einem guten Jahr habe der Gemeinderat das Kulturkonzept erhalten. Eine der vier Kernmassnahmen aus dem Konzept sei die Schaffung einer Kulturbeauftragten-Stelle. Dabei gehe es um die Beziehungspflege und die Vernetzung von Leuten im Kulturbereich. Eine Art Kulturlobby solle sich um die gesuchte Person bewegen, die die ganze Sache für die Stadt Bülach koordiniere. Dies bedeute einen Wechsel von der Kulturadministration zur aktiven Kulturpolitik. Es werde nun darüber abgestimmt, ob die Kultur auch in Zukunft weiterhin nur administrativ verwaltet oder aktiv betrieben werden soll. Der Zusatzantrag habe in der Kommission zu Diskussionen geführt. Mit diesem wolle man vermeiden, dass die neu angestellte Person sich in den Aufgaben verliere. Zum Schluss bedankt er sich bei Walter Bosshard und Roger Suter für die Auskunft in der Kommission.

Mike Bader verweist namens der RPK auf den Abschied, zu welchem es nichts hinzuzufügen gebe.

Eintretensdebatte

Alle sind für Eintreten.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 16. November 2009

Fraktionserklärungen

Roger Emch erklärt, die SVP-Fraktion lehne den Antrag für den Kulturbeauftragten einstimmig ab. Der Zusatzantrag habe mehr Diskussionen gegeben. Diesen habe man aber als selbstverständlich erachtet und lehne ihn deshalb mehrheitlich ab.

Laut Alfred Schmid befürwortet die FDP-Fraktion die Stelle eines Kulturbeauftragten und begrüsst einerseits die Bündelung der bisherigen Aufgaben und andererseits, dass die Zuständigkeit nach aussen eindeutig geregelt werden soll. Gewisse Zweifel bestünden aber, ob all die extensiv formulierten Aufgaben in diesem Umfang auch notwendig seien. Auch die Funktionserweiterung unter Punkt 7 werde als problematisch erachtet. Lasse doch die Formulierung „aktive Begleitung“ grossen Spielraum zu. Die Fraktion sei der Meinung, dass die Finanzierung aus den bestehenden Ressourcen erfolgen soll und lehnen deshalb die beantragten zusätzlichen Mehrkosten von 40'000 Franken ab.

Walter Fehr sagt, das breit abgestützte Kulturkonzept, welches der Stadtrat am 10. Dezember 2008 genehmigte, sei für die SP-Fraktion unbestritten. Die Zeit sei nun gekommen, um von der bisherigen Kulturadministration zur aktiven Kulturpolitik zu wechseln. Die Erhöhung von 30-35 Stellenprozent auf insgesamt 70 % werde mit Mehrkosten von 40'000 Franken ausgewiesen. Die SP-Fraktion erwarte, dass dem Bekenntnis zur Kultur, als einen der wichtigsten Teil der Bülacher Stadtentwicklung, nun vermehrt Taten folgen. Damit das Kulturkonzept umgesetzt werden könne und nicht nur ein leeres Papier bleibe, sei die Stellenerhöhung notwendig. Die SP-Fraktion unterstütze den Antrag des Stadtrats.

Vor mehr als zwei Jahren habe die FDP ein Kulturkonzept verlangt, erklärt Barbara Fischer namens der EVP-Fraktion. Dieses sei von Walter Boris Fischer erstellt worden und sei breit abgestützt. Einer der Kernpunkte betreffe das nun vorliegende Geschäft - die Schaffung der Stelle eines/einer Kulturbeauftragten. Es sei klar, dass es nicht einfach ist, so eine Stelle zu schaffen. Man solle aber nicht von unrealistischem Wunschenken ausgehen. Dass die Stelle nicht gratis ist, sei klar. Die EVP fände es schade, wenn die Stelle nur wegen des Geldes nicht realisiert werden könnte. Sämtliche Fäden des kulturellen Geschehens sollten über die/den Kulturbeauftragten zusammenkommen. Die EVP sage deshalb einstimmig ja zum stadträtlichen Antrag.

Johanna Wirth Calvo freut sich namens der Grünen-Fraktion, dass der Stadtrat im Kulturbereich ernst machen wolle. Sie unterstütze deshalb den Antrag einstimmig. Der/Die Kulturbeauftragte sei eine Schlüsselstelle zwischen Stadtrat, Verwaltung, Vereinen und Kulturschaffenden. In diesem Bereich könne durch professionelle Arbeit viel Geld eingespart werden. Mit der beantragten Stelle



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 16. November 2009

solle das aktuelle Sekretariat der Kultur entlastet und ergänzt werden. Die Grünen unterstützen neben dem stadträtlichen Antrag und auch den Zusatzantrag.

Detailberatung

Nachdem zuerst das Wort nicht verlangt wird, erklärt **Stadtpräsident Walter Bosshard**, die im Kulturkonzept festgelegte Stelle solle jetzt realisiert werden. Der Übergang vom Walten zum Gestalten müsse nun erfolgen. Die Kultur sei auch als ein Standortvorteil zu sehen. Die 17'000 Einwohnerin habe kürzlich begrüsst werden können. Statistiken hätten gezeigt, dass in den letzten Monaten viele junge Leute nach Bülach gekommen sind. Nur 2% sind über 65-jährig. Jedoch sind 56 % der neu Zugezogenen 20 bis 39 Jahre alt.

Am Im Kulturkonzept, bzw. am Workshop dazu, sei der Wunsch geäussert worden, diese Stelle zu schaffen. Mit den jetzigen 30 Stellenprozenten sei man auf die beantragte Unterstützung angewiesen. Es sei klar, dass eine Funktionsbeschreibung gemacht werde. Dies sei eine Aufgabe im operativen Bereich und deshalb nicht durch den Gemeinderat zu beschliessen, weshalb der Zusatzantrag seiner Meinung nach zurückgezogen werden soll.

Jürg Rothenberger versichert nochmals, die FDP sei nicht gegen die/den Kulturbeauftragte/n. Durch interne Umlagerung müsste diese Stelle jedoch irgendwie realisiert werden können. Es sei Geld vorhanden, deshalb sei es nicht nötig, zusätzliches Geld zu sprechen. Im Zuständigkeitsbereich der Fachkommission IV habe man zwei halbe Stellen geschaffen. Eine, die nicht besetzt wurde und eine, die nicht vors Parlament gelangte. Das finde er nicht korrekt.

Stadtpräsident Walter Bosshard antwortet, der Stellenplan sei Sache des Stadtrats. Die Stelle des Kulturbeauftragten werde neu geschaffen. Deshalb gelange man damit ans Parlament.

Stefan Schnegg fragt, ob die von der FDP verlangte Einsparung als Zusatzantrag zu verstehen sei.

Die **Vorsitzende** erklärt, dass dieser Antrag unzulässig wäre.

Alfred Schmid erklärt nochmals, dass die FDP der Ansicht sei, die beschriebene Funktion mache durchaus Sinn. Eine Ansprechperson zu haben und die Kultur zu bündeln sei sinnvoll. Jedoch könne der Stadtschreiber die 40'000 Franken über die ganze Verwaltung gesehen auftreiben.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 16. November 2009

Edith Planta sagt, es gehe um eine neue Aufgabe, die geschaffen werde. Die erste Umsetzung aus dem Kulturkonzept sei ein Meilenstein in der Realisierung. Auch die finanzielle Folge gehöre zur Schaffung. Sie schliesst sich dem Stadtrat an und glaubt, dass nicht aus dem Bestehenden geschöpft werden könne.

Fritz Münger empfindet die Voten als eine Diskussion um den heissen Brei. Die FDP wolle wahlkampftechnisch die Kultur unterstützen, dafür aber nichts bezahlen. Die Kulturbetreuung werde in der Stadt Bülach gebraucht. Er möchte appellieren, dass Bülach in die Zukunft schauen müsse in Sachen Standortfragen. Dies sei für Bülach von Bedeutung. Deshalb bittet er um Zustimmung des Stadtratsantrags.

Jürg Rothenberger schliesst die Diskussion mit der Forderung, wenn für jede Aufgabe Geld gesprochen werde, dann müsse für wegfallende Aufgaben Geld zurückkommen.

Abstimmungen

Der Zusatzantrag der Fachkommission II, vor der Ausschreibung der Stelle der/des Kulturbeauftragten sei eine detaillierte Funktionsbeschreibung auszuarbeiten und diese Funktionsbeschreibung müsse vor dem Stellenantritt auf die angestellte Person genau angepasst werden, wird mehrheitlich abgelehnt.

In der Schlussabstimmung wird die Stelle eines/einer Kulturbeauftragten mit 14 Ja : 14 Nein-Stimmen durch den Stichentscheid der Präsidentin bewilligt.

Der Gemeinderat **beschliesst**:

1. Die Schaffung einer Kulturbeauftragtenstelle und die damit verbundenen finanziellen Mehrkosten von ca. 40'000 Franken/Jahr werden bewilligt.
2. Der Beschluss unterliegt gestützt auf Art. 10 der Gemeindeordnung der Stadt Bülach dem fakultativen Referendum.
3. Mitteilung an Stadtrat



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 16. November 2009

Traktandum 4

Neues Marktreglement der Stadt Bülach

Zu diesem Geschäft liegt der Abschied der Fachkommission IV vor. Die Fachkommission IV empfiehlt einstimmig die Annahme des stadträtlichen Antrags.

Die Fachkommission IV erachtet das neue Marktreglement als ausgewogen und den aktuellen Verhältnissen angepasst.

Milos Alincic erklärt namens der Fachkommission IV, das vorliegende Marktreglement ersetze jenes vom 27. November 1991 mit den Ausführungsbestimmungen betr. den Weihnachtsmarkt sowie das Reglement für den Bülacher Flohmarkt vom 3. Oktober 1992. Die beiden Reglemente und die Bestimmungen hätten sich als Rechtsgrundlage viele Jahre bewährt, seien aber heute nicht mehr zeitgemäss. Der Erlass eines neuen Reglements sei aus diesen Gründen notwendig.

Mit dem neuen Marktreglement würden die drei Markt-, Weihnachtsmarkt- und Flohmarktreglemente in einem Reglement vereint sowie veraltete Bestimmungen aktualisiert und den heutigen (sprachlichen) Verhältnissen angepasst. Die Marktkommission und die Weihnachtsmarktkommission seien vor Jahren aufgelöst worden und deshalb nicht mehr im neuen Reglement erwähnt. Die heutigen Standorte der Märkte entsprächen nicht mehr dem alten Reglement. Dies weil der Marktchef Ausweichmöglichkeiten haben müsse bei Bauvorhaben, Renovationen etc.

Folgende Artikel führten zu Diskussionen in der Kommission:

- Art. 3, Absatz 2 Marktplätze: „Die Privatgrundbesitzer an den Marktplätzen und –strassen sind verpflichtet, den öffentlich zugänglichen Platz vor ihren Liegenschaften für den Markt unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.“

Dieser Artikel beruhe auf altem Marktrecht (Gewohnheitsrecht). Diese Bestimmung sei in der alten Marktordnung vom 01.09.1982 und vom 27.11.1991 bereits ähnlich enthalten gewesen.

- Ziff. 4 Ausführungsbestimmungen: „Anmeldungen für Waren- und Wochenmärkte müssen 4 Wochen vor dem Markttag beim Marktchef eintreffen; für den Weihnachtsmarkt gilt eine Frist von 6 Monaten vor dem Markttag.“



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 16. November 2009

Es kam die Frage auf, ob es eine so lange Vorbereitungszeit wirklich brauche. Diese werde aber auch von den Ausstellern gewünscht, damit diese genügend Vorbereitungszeit erhalten und dadurch die Teilnahme an den verschiedenen Märkten besser planen können.

- Art. 6 Standplätze: „Der Marktchef weist die Verkaufsplätze zu und bestimmt die Aufstellungsordnung. Die zugewiesenen Plätze dürfen nicht an Drittpersonen abgetreten oder getauscht werden.

Anrecht auf einen Platz hat nur, wer eine gültige Bewilligung vorweisen kann. Es besteht kein Anspruch auf frühere oder bestimmte Marktplätze.

Niemand darf mehr als zwei Standplätze belegen. Bewerben sich mehrere Personen um einen freien Standplatz, erfolgt die Zuteilung durch den Marktchef.“

Die Auswahlkriterien bei der Zuteilung durch den Marktchef erfolgen nach dem Anciennitätsprinzip und dem Sortiment, damit ein sinnvoller Markt durchgeführt werden kann.

- Art. 8 Gebühren: „Für die Benützung des Standplatzes ist eine Gebühr zu entrichten. Die vom Stadtrat festgelegten Marktgebühren sind Bestandteil dieses Reglements (Tarifliste des Bereichs Messen, Märkte, Veranstaltungen)“.

Anlass zu Diskussionen gab der Weihnachtsmarkt bzw. die Platzgebühr im Freien, die Miete eines Marktstands und die einmaligen Zusatzkosten, welche verursachergerecht verrechnet werden sollen (Strom, WC-Anlage, Abfall, etc.). Die einmaligen Zusatzkosten werden pro Laufmeter verrechnet und unterteilt in Verkaufsstände, Verpflegungsstände und Barbetriebe/Zelte.

Hier wurde errechnet, dass für einen Stand mit z.B. Weihnachtskränzen bis zu 250 Franken Kosten entstehen können in den drei Tagen. Die Betreiber eines Barbetriebs, welche mit weniger Aufwand viel Umsatz erzielen können, werden höhere Abgaben verrechnet.

Den Tarifen wie sie vorliegen wurde einstimmig zugestimmt.

Die Fachkommission IV empfiehlt das Geschäft im Sinne des stadträtlichen Antrags zur Annahme. Sie erachtet das neue Marktreglement als ausgewogen und den aktuellen Verhältnissen angepasst.

Eintretensdebatte

Alle sind für Eintreten.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 16. November 2009

Fraktionserklärungen

Edith Planta erklärt, die EVP-Fraktion unterstütze grundsätzlich das Reglement. Die Zusammenlegung in ein Reglement sei sinnvoll und überschaubar. Auch die Aufhebung von alten Bestimmungen sei positiv. Die Fraktion nehme Kenntnis, dass der Marktchef neu mehr Kompetenzen habe. Das Wohnheitsrecht mit der kostenlosen Zurverfügungstellung von Privatgrundbesitzern gehöre zum Wohnheitsrecht und werde akzeptiert. Die EVP stimme dem Antrag zu, melde sich in der Detailberatung aber noch zu den Gebühren.

Die SVP-Fraktion stimmt dem Antrag gemäss **Manuela Meier** einstimmig zu.

Frédéric Clerc sagt, die FDP-Fraktion nehme mit Freude zu Kenntnis, dass das alte, umfangreiche Reglement durch ein kurzes, zeitgemässes Reglement ersetzt werde. Dieses erlaube der Stadt flexibel auf die aktuellen Verhältnisse einzugehen. Die Fraktion stimme einstimmig zu und danke dem Stadtrat für die gute Arbeit.

Detailberatung

Edith Planta erklärt, die EVP-Fraktion habe die Gebührenansätze näher angeschaut. Es sei klar, dass die Gebührenfestsetzung im Bereich der Exekutive und Verwaltung liege. Sie finde aber trotzdem, dass die einheimischen Marktteilnehmer einen wesentlich reduzierten Preis bezahlen sollen. Aus diesem Grund werde folgender Ergänzungsantrag gestellt: „Für einheimische Marktteilnehmer am Weihnachtsmarkt gelten wesentlich reduzierte Preise.“

Die EVP ist der Meinung, dass die Bülacher Teilnehmer in den Genuss eines niedrigeren Tarifs bei der Platzgebühr im Freien kommen sollen. Konkret habe man dabei an die Pfadi, den Volleyballclub etc. gedacht. Auch Private, die selbst gebastelte Produkte offerieren, würden dadurch in den Genuss der reduzierten Preise kommen. Der Weihnachtsmarkt solle nicht zu einem reinen Konsum- oder Warenmarkt verkommen. Warenmärkte gebe es schliesslich bereits unter dem Jahr. Bars, Verpflegungsstände etc. sollen keine Ermässigung erhalten, da diese höhere Umsätze machen können.

Es wird deshalb vorgeschlagen, dass die Gebühren von 25 Franken auf 10 Franken oder auf die Hälfte gesenkt würden. Es sei der Fraktion bewusst, dass von den 180 Teilnehmern rund die Hälfte Einheimische seien. Auch sei klar, dass der Antrag zu kleineren Einnahmen führe. Sie seien aber der Meinung, dass die Mindereinnahmen durch die Stadt subventioniert werden sollen. Es handle



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 16. November 2009

sich um eine kulturelle Unterstützung, die gefördert werden sollte. Die Umsetzung sei bestimmt nicht einfach für den Stadtrat bzw. die Verwaltung, dennoch hoffen sie auf Unterstützung ihres Antrags.

Milos Alincic findet den Antrag falsch formuliert. Der soeben formulierte Antrag gelte für alle, auch für Barbetriebe etc. Er habe Verständnis für den Antrag, dies sei auch in der Kommission diskutiert worden. Die Frage stelle sich bei der Abgrenzung – wo fängt ein jugendlicher Verein an, wo hört er auf? Die entstehenden Abgrenzungsprobleme würden seiner Meinung nach zu Problemen führen.

Stefan Schnegg erklärt, die Beilage 6 (Preise Marktweesen) differenziere in verschiedene Segmente. Ob jugendlich oder erwachsen spiele dabei keine Rolle. Administrativ müsste das zu gewährleisten sein. Für Bülacher wäre eine Vergünstigung ein gutes Zeichen an ihrem eigenen Weihnachtsmarkt.

Andrea Schmidhauser begrüsst grundsätzlich das Anliegen mit den Tarifen für Einheimische. Sie fragt, was sei, wenn ein Bachenbülacher einen Bülacher vorschlebe, um an den günstigeren Tarif zu gelangen. Auch komme die Frage auf, wer das kontrolliere. Gesamtheitlich über Bülach betrachtet sei der Ansatz gut. Auch bei anderen Dienstleistungen wäre eine Differenzierung gewünscht. Sie bittet den Stadtrat, dieses Anliegen weiter zu verfolgen.

Manuel Hüsser wendet ein, dass eine wie im Zusatzantrag verlangte Formulierung widerrechtlich sei. Diese würde die Wirtschaftsfreiheit verletzen und habe keinen sachlichen Grund. In dieser Formulierung sei er rechtlich unzulässig. Er fragt sich, ob überall Differenzierungen gemacht werden müssen in Tarife für Einheimische und Auswärtige.

Mike Bader ergänzt, günstigere Preise wären ein kleines Zeichen für die Bülacher. Er sei kein Jurist, würde aber eine Vergünstigung befürworten.

Edith Planta klärt, dass die Problematik der Abgrenzung bei der Antragstellung bewusst war.

Daniela Gehring findet die Vergünstigung für jugendliche Vereine eine gute Idee. Diese Jugendlichen, welche am Markt teilnehmen, würden ihre Freizeit opfern, was nicht selbstverständlich sei. Bei den heute festgesetzten Gebühren würden diese sich vielleicht zweimal überlegen, ob sie überhaupt mitmachen sollen.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 16. November 2009

Jürg Rothenberger bemerkt, dass von der Beilage 6 zwei Versionen vorliegen. Die eine teile die Platzgebühren in Auswärtige Marktfahrer und Einheimische Marktteilnehmer, die andere vereine beide Teilnehmer in einer Kategorie.

Stadtrat Jürg Hintermeister erklärt, die neue Tarifliste laute nicht mehr auf Einheimische und Auswärtige. Diese Umsetzung wäre schwer zu kontrollieren. Wenn dies einfach zu bewerkstelligen wäre, würde man für Jugendliche und gemeinnützige Anbieter eine Lösung suchen.

*** Timeout 20.00 – 20.05 ***

Stadtrat Jürg Hintermeister berichtet, das vorhin erwähnte Dokument mit der Vereinigung der Platzgebühr für Auswärtige und Einheimische sei der Fachkommissionssitzung abgegeben worden. Das allen bekannte Dokument mit getrennter Aufführung sei aber das Grundlagenpapier für die Abstimmung.

Stadtrat Hanspeter Lienhart glaubt, der Antrag sei richtig gemeint, komme aber falsch an. Er gelte ebenfalls als Marktteilnehmer, wenn er durch den Markt spaziere. Er könne aber nicht reduzierte Preise verlangen bei den Kaufgegenständen. Er glaubt, die Formulierung müsste deshalb geändert werden.

Milos Alincic fragt, was unter „wesentliche Reduktion“ in Zahlen zu verstehen sei.

Edith Planta ändert den Zusatzantrag wie folgt ab: „Für einheimische Marktteilnehmer am Weihnachtsmarkt gelten wesentlich reduzierte Gebühren.“ Da der Gemeinderat die Gebühren nicht festlegen könne, müsse dies anhand eines Grundsatzes eingebracht werden. Was „wesentlich“ sei, müsse dem Stadtrat überlassen werden.

Abstimmungen

Der Änderungsantrag der EVP-Fraktion, dass für einheimische Marktteilnehmer am Weihnachtsmarkt wesentlich reduzierte Gebühren gelten, wird mit 9 Ja : 19 Nein-Stimmen abgelehnt.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 16. November 2009

In der Schlussabstimmung wird das neue Marktreglement der Stadt Bülach vom 2. September 2009 einstimmig genehmigt.

Der Gemeinderat **beschliesst**:

1. Das Marktreglement der Stadt Bülach vom 2. September 2009 wird genehmigt.
2. Der Beschluss unterliegt gemäss Art. 10 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.
3. Mitteilung an Stadtrat

*** Pause 20:10 – 20:25 ***

Traktandum 5

Spital Bülach, Teilrevision der Zweckverbandstatuten

Zu diesem Geschäft liegt der Abschied der Fachkommission III vor. Die Fachkommission III empfiehlt einstimmig die Annahme des stadträtlichen Antrags.

Markus Wobmann erklärt namens der Fachkommission III, es gehe um eine Teilrevision und nicht um eine Totalrevision. Dabei komme vielleicht die Frage auf, weshalb es sich lediglich um eine Teilrevision handle. Dies sei zu begründen, weil die heute gültige Fassung aus dem Jahr 2006 stamme. Diese sei damals einerseits erneuert worden und andererseits werde man im Jahr 2012 mit allergrösster Wahrscheinlichkeit den Zweckverband in eine andere Form umwandeln. Da aber die Demokratisierung der Zweckverbände durch die neue Kantonsverfassung gefordert werde, sei bis 2010 die Überarbeitung nötig gewesen.

Folgende fünf Punkte werden speziell erläutert, weil sie zu Diskussionen geführt haben:

1. Demokratisierung

Die Volksrechte der Gemeinden gelten neu auch für Zweckverbände. Somit sind nicht mehr die



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 16. November 2009

Delegierten das abschliessende Gremium, sondern die Stimmberechtigten. Das Stimmvolumen beträgt um die 95'000 Personen.

2. Quorum für Initiativen

Hier hatte eine Anzahl Stimmen festgelegt werden müssen. Initiativen = 2'000 Stimmen, Referenden = 1'000 Stimmen. Dies entspricht der Regelung auf Bundesebene.

3. Anzahl Spitalleitungsmitglieder

Die Spitalleitung wird von 8 auf neu 15 Mitglieder erweitert. Fakt sei, dass die Spitalleitung heute aus 11 Mitgliedern besteht – 8 Mitglieder der Spitalleitung und 3 Mitglieder der erweiterten Spitalleitung. Der Kanton will, dass eine fixe Zahl von Spitalleitungsmitgliedern vorgegeben wird, die nicht erhöht werden darf. Die Zahl 15 kam deshalb zustande. Das Spital versicherte, dass es vorerst bei 11 Mitgliedern bleiben wird und der Rest als Reserve gemeldet wird.

4. Delegiertenversammlung - Kompetenzen

Heute konnte über rund 1 Mio. entschieden werden. Neu wird die Kompetenz für jährlich wiederkehrende Ausgaben ebenfalls 1 Mio. betragen. Für einmalige Ausgaben werden die Kompetenzen auf 5 Mio. festgelegt. Der Hintergrund der Erhöhung liege auf der Hand. Damit wolle man Volksabstimmungen für kleinere Geschäfte umgehen. Die Besoldungsverordnung entspricht der des Kantons.

5. Verbandsauflösung

Nur mit einstimmiger Entscheidung konnte eine Auflösung beschlossen werden. Neu sollen 2/3 der 35 Verbandsgemeinden eine Auflösung beantragen können.

Markus Wobmann ruft nochmals in Erinnerung, dass die heutige Vorlage nur eine Gültigkeit von rund zwei Jahren haben wird. Die Delegiertenversammlung des Spitals habe den Verbandsgemeinden grossmehrheitlich zugestimmt. Zwei Delegierte hätten dennoch gefunden, dass man den Kostenverteiler hätte überdenken müssen. Dieser berücksichtigt heute die berichtigte Steuerkraft. Die Fachkommission III stimme der Vorlage einstimmig zu.

Eintretensdebatte

Alle sind für Eintreten.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 16. November 2009

Fraktionserklärungen

Markus Wobmann erklärt, die SVP-Fraktion habe sich mit den beiden Punkten, Erhöhung der Spitalleitungsmitglieder und Finanzkompetenzen, auseinandergesetzt. Sie sei einstimmig zum Schluss gekommen, dem Antrag zuzustimmen.

Laut **Mike Bader** unterstützt die Grüne-Fraktion den Antrag ebenfalls. Alle Änderung bis und mit Art. 18 seien unbestritten. Die Erhöhung der Mitgliederzahl in der Spitalleitung werde durch organisatorische Gründe erklärt. Es stelle sich deshalb die Frage, ob es darum gehe, dass alle Abteilungsleiter und Chefärzte in der Leitung mitwirken dürfen. Man zweifle daran, ob die organisatorischen Massnahmen tatsächlich so viele Leute brauchen.

Jakob Briner erklärt, die EVP-Fraktion werde dem Antrag auch zustimmen. Die meisten Sachen seien bereits gesagt worden. Die Demokratisierung werde von der neuen Kantonsverfassung verlangt. Für das Referendum werde gerade einmal 1 % der Stimmberechtigten benötigt. Die Spitalleitung sei gut durchmischte. Das heisse nicht, dass jeder Abteilungsleiter oder leitende Arzt im Gremium dabei sei. Zudem erklärt er, man müsse die 15 Mitglieder nicht ausschöpfen, dürfe diese Zahl aber auch nicht überschreiten.

Manuel Hüsler erklärt namens der SP-Fraktion, diese befürworte die Revision. Bei den Mitgliedern der Spitalleitung hätten sie sich aber dieselben Fragen gestellt wie die Grünen. Erst recht seien diese Fragen angebracht, wenn die Revision nur zwei Jahre gelten soll.

Die FDP-Fraktion unterstützt die Teilrevision der Zweckverbandsstatuten gemäss **Frédéric Clerc** ebenfalls. Die Statuten erfüllen die Vorgaben der Kantonsverfassung und ermöglichen es dem Spital Bülach ihre betriebswirtschaftlichen Bedürfnisse umzusetzen. Die neuen Finanzkompetenzen von 5 Mio. für einmalige Ausgaben, und 1 Mio. für jährlich wiederkehrende Ausgaben scheinen an der obersten Grenze angesiedelt zu sein. Das Argument der Erhöhung der Spitalleitungsmitglieder von 8 auf 15 aus den erwähnten organisatorischen Gründen wird eingesehen. Trotzdem wird befürchtet, dass dadurch eine Kostensteigerung im bereits sehr teuren Gesundheitswesen resultiert. Dieser Punkt hat in der FDP-Fraktion ebenfalls zu Diskussionen geführt. Trotzdem wird der Teilrevision der Zweckverbandsstatuten gemäss stadträtlichem Antrag einstimmig zugestimmt.

Markus Wobmann schliesst die Diskussion mit der Bemerkung, es müsse dem Spital überlassen werden, mit welcher Anzahl Mitglieder die Leitung besetzt werden soll.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 16. November 2009

Detailberatung

Das Wort wird nicht verlangt.

Abstimmungen

In der Schlussabstimmung wird der Teilrevision der Zweckverbandstatuten des Spitals Bülach gemäss Vorlage vom 28. Mai 2009 einstimmig zugestimmt.

Der Gemeinderat **beschliesst**:

1. Der Teilrevision der Zweckverbandsstatuten des Spitals Bülach gemäss Vorlage vom 28. Mai 2009 wird zugestimmt.
2. Der Beschluss unterliegt gemäss Art. 10 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.
3. Mitteilung an Stadtrat

Traktandum 6

Bauabrechnung Winterthurerstrasse

Zu diesem Geschäft liegen die Abschiede der Fachkommission I und der RPK vor. Beide empfehlen einstimmig den Antrag des Stadtrats anzunehmen.

Fritz Münger verzichtet auf eine Stellungnahme der Fachkommission I.

Bruno Basler führt namens der RPK aus, dass die Belege geprüft wurden und alles in Ordnung sei. Die RPK empfiehlt einstimmig die Annahme der Abrechnung.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 16. November 2009

Fraktionserklärung

Andrea Schmidhauser erklärt, die FDP werde die Bauabrechnung genehmigen. Gegen die Abrechnung gebe es im Grunde genommen nichts einzuwenden. Der Kredit sei eingehalten worden und der Stadtrat habe ausgeführt, was der Gemeinderat seinerzeit bewilligt habe.

Was der Fraktion allerdings nicht gefalle, sei die Umgehung der Submissionsverordnung. Das Honorar der WS-Ingenieure liege mit 190'000 Franken über dem Schwellenwert für eigenhändige Vergaben.

Laut Bruno Basler unterstützt die SVP-Fraktion einstimmig die Annahme der Abrechnung.

Detailberatung

Das Wort wird nicht gewünscht.

Abstimmungen

Die Bauabrechnung der WS Ingenieure AG, Bülach, vom 26. Mai 2008 über die Sanierung der Winterthurerstrasse zwischen der Schaffhauser- und der Bahnhofstrasse und die Anlage einer Rechtsabbiegespur beim Knoten Schaffhauser-/Winterthurerstrasse mit Aufwendungen von Fr. 792'745.00 und einer Kostenunterschreitung von Fr. 54'255.00 wird in der Schlussabstimmung einstimmig genehmigt.

Der Gemeinderat **beschliesst**:

1. Die mit der Buchhaltung übereinstimmende Bauabrechnung der WS Ingenieure AG, Bülach, vom 26. Mai 2008 über die Sanierung der Winterthurerstrasse zwischen der Schaffhauser- und der Bahnhofstrasse und die Anlage einer Rechtsabbiegespur beim Knoten Schaffhauser-/Winterthurerstrasse mit Aufwendungen von Fr. 792'745.00 und einer Kostenunterschreitung von Fr. 54'255.00 wird genehmigt.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 16. November 2009

2. Mitteilung an
 - a) Stadtrat
 - b) Abteilung Finanzen
 - c) Abteilung Bau und Umwelt

Traktandum 7

Bauabrechnung Sanierung Allmendstrasse, Feldstrasse – Kehrplatz bei der A51 Kloten – Bülach

Zu diesem Geschäft liegen die Abschiede der Fachkommission I und der RPK vor. Beide empfehlen einstimmig der Antrag des Stadtrats sei anzunehmen.

Die Fachkommission I hätte jedoch zum Zeitpunkt des Entscheides für die Abweichung zum Projekt eine Information des Stadtrats erwartet.

Fritz Münger verzichtet auf eine Stellungnahme namens der Fachkommission I.

Bruno Basler führt namens der RPK aus, dass auch diese Bauabrechnung angeschaut wurde und sämtliche Belege geprüft wurden. Die RPK empfiehlt einstimmig die Annahme der Abrechnung.

Fraktionserklärungen

Andrea Schmidhauser erklärt, auch diese Abrechnung werde die FDP-Fraktion genehmigen. Gegen die gewählte Ausführung sei, auch wenn sie nicht der vom Gemeinderat bewilligten Ausführungsart entspreche, nichts einzuwenden. Der Systemwechsel werde für den vorgefundenen Strassenzustand als angebracht betrachtet. Gleichzeitig werde aber darauf hingewiesen, dass die deklarierte Kostenunterschreitung nichts mit der guten Vergabe zu tun habe, sondern auf der günstigeren Ausführungsvariante beruhe.

Auch hier müsse die Fraktion eine Rüge an den Stadtrat erteilen bezüglich der Arbeitsvergabe. Auch bei diesem Geschäft sei nämlich die Submissionsverordnung umgangen worden. Die Honorare der WS-Ingenieure betrage für die Wasserleitungs- und Strassensanierung zusammen 240'000 Franken, was ebenfalls weit über dem Schwellenwert von 150'000 Franken liege. Es sei so, dass



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 16. November 2009

die beiden Sanierungen als Einheit betrachtet werden müssten und deshalb die Limiten auch für das Gesamte und nicht für Teilprojekte gelte.

Laut Bruno Basler unterstützt die SVP-Fraktion einstimmig die Abnahme der Abrechnung.

Detailberatung

Das Wort wird nicht gewünscht.

Abstimmungen

Die Bauabrechnung der WS Ingenieure AG, Bülach, vom 12. Januar 2009 über die Sanierung der Allmendstrasse zwischen der Feldstrasse und dem Kehrplatz bei der A51 Kloten – Bülach mit Aufwendungen von Fr. 592'715.15 und einer Kostenunterschreitung von Fr. 32'284.85 wird in der Schlussabstimmung einstimmig genehmigt.

Der Gemeinderat **beschliesst**:

1. Die Bauabrechnung der WS Ingenieure AG, Bülach, vom 12. Januar 2009 über die Sanierung der Allmendstrasse zwischen der Feldstrasse und dem Kehrplatz bei der A51 Kloten – Bülach mit Aufwendungen von Fr. 592'715.15 und einer Kostenunterschreitung von Fr. 32'284.85 wird genehmigt.
2. Mitteilung an
 - a) Stadtrat
 - b) Abteilung Finanzen
 - c) Abteilung Bau und Umwelt



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 16. November 2009

Traktandum 8

Information Stadtpräsident Walter Bosshard betr. Stand Zentrales Verwaltungsgebäude

Stadtpräsident Walter Bosshard erklärt, es sei fast auf den Tag genau eineinhalb Jahre her, seit das ZVG Seematt im Gemeinderat zurückgewiesen wurde. Der Stadtrat habe danach intensiv weitergesucht und eine Auslegeordnung gemacht. Grundsätzlich seien schliesslich vier Parzellen in Frage gekommen (Bahnhofring, Poststrasse/Grampenweg, Schwimmbadstrasse und Hans Haller-Gasse).

Der Standort Bahnhofring sei längerfristig nicht realisierbar, da diese Parzelle in einem Quartierplanverfahren sei. Auch wurde eher die Nähe zur Altstadt gesucht, als die Nähe zum Bahnhof. Der Standort Poststrasse/Grampenweg sei weggefallen, da die Erbgemeinschaft Ganz das Land nicht verkaufen möchte in den nächsten 10-15 Jahren. Sie haben zudem den Wunsch geäussert, dass lieber Alterswohnungen gebaut werden sollen, als ein Verwaltungsgebäude. Diese beiden Grundstücke wären von der Form her gut überbaubar gewesen, weshalb sich eine Machbarkeitsstudie erübrigte.

Der Standort Schwimmbadstrasse wurde durch die FDP bereit analysiert. Deshalb verzichtete man auch für diesen Standort auf eine Machbarkeitsstudie.

Für den Standort Hans Haller-Gasse sei eine Machbarkeitsstudie erstellt worden. Der Stadtrat habe sich nun für diesen Standort entschieden.

Weiter erklärt er, man frage sich immer, wann der richtige Zeitpunkt sei für eine Information des Parlaments und der Öffentlichkeit. Der Stadtrat legt aber Wert darauf, dass der Gemeinderat als erstes informiert werde. Die Absprachen seien bereits auf hohem Niveau geführt, Verträge seien aber noch keine abgeschlossen worden. Alle Aussagen zu Preisen, Grössen, Flächen, etc. basieren auf der Machbarkeitsstudie. Der Stadtrat sei sich bewusst, dass ein Wettbewerb durchgeführt und es somit noch Verschiebungen geben wird.

Für die Ausführungen zu den Plänen wird auf Beilage 1 verwiesen.

Zur Finanzierung führt Stadtpräsident Walter Bosshard aus, dass nach heutigen Erkenntnissen mit Gesamtkosten von ca. 11-12 Mio. Franken zu rechnen sei. Ca. 2,5 Mio. Franken würden durch die Stadt finanziert für die Sanierung bzw. den Ausbau des Hans Haller-Hauses und den Bau des Zwischentrakts. Nun müsse man die noch bestehenden Herausforderungen (Verträge, Detailabklärungen)



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 16. November 2009

gen, Vorgaben Natur- und Heimatschutz, etc.) anpacken. Er ist überzeugt, dass dieser Standort eine ganz tolle Perspektive in sich birgt.

Frédéric Clerc erkundigt sich nach den Parkplätzen.

Stadtpräsident Walter Bosshard erklärt, es sei ein unterirdisches Parkhaus vorgesehen.

Alfred Schmid möchte wissen, ob zum Geschäft, welches an den Gemeinderat gelangen werde, die Verträge vorhanden seien.

Stadtpräsident Walter Bosshard antwortet, man sei mit der reformierten Kirche in Verhandlungen. Die Gemeindeversammlung der reformierten Kirche müsse zuvor zustimmen. Der Projektierungswettbewerb würde natürlich nur dann gemacht, wenn die offenen Fragen geklärt seien. Die Verhandlungen mit Jack Meier seien heute aber schon sehr weit fortgeschritten. Optimal am Standort Hans Haller-Platz sei zum einen der Verbindungstrakt und andererseits das Kaufrecht am Gebäudeteil auf dem eigenen Land. Durch die Fremdinvestoren käme die Stadt in eine gute finanzielle Situation.

Traktandum 9

Fragen an Kommissionen und Stadtrat

Andrea Schmidhauser fragt Stadtrat Hanspeter Lienhart, weshalb beim Auflageprojekt „erweiterte Begegnungszone, Kreuzstrasse“ die Bushaltestelle Kreuzsstrasse entfernt werden soll. Diese Bushaltestelle sei wichtig. Vor allem ältere Leute, Behinderte und Familien mit Kindern seien auf den Städtlibus angewiesen. Zudem führe die Entfernung der Bushaltestelle zu einer Benachteiligung des Gewerbes. Sie interessiert sich für die Gründe, welche zum Aufhebungsentscheid führten? Ebenfalls möchte sie wissen, ob aufgrund der Opposition von verschiedenen Seiten eine Änderung diesbezüglich in Absicht gestellt werde.

Stadtrat Hanspeter Lienhart stimmt zu, dass das Vorprojekt Kreuzstrasse in die Auflage gem. § 13 des Strassenverkehrsgesetzes kam. Als nächstes komme Ifangstrasse in die Auflage. Man könne gegen diese Projekte Einwendungen machen. Diverse seien eingegangen, in denen moniert wurde, dass die Bushaltestelle von der Kreuzstrasse an die Winterthurer- oder Bahnhofstrasse verschoben werden soll. Seiner Meinung nach solle der Bus möglichst nah am Perimeter der Altstadt sein. Das



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 16. November 2009

Projekt Seematt sei aber geändert worden, so werde es bis ebenerdig Wohnungen geben. Der Stadtrat müsse seinen Entscheid aufgrund der Eingaben noch fällen. Im weiteren Vorgehen folgt die Ausarbeitung des Detailprojekts und der Kostenvoranschlag an den Stadtrat. Hanspeter Lienhart hofft, dass dieses Jahr noch entschieden werden könne diesbezüglich. Er versichert, der Bus werde nach wie vor in der Kreuzstrasse halten.

Andrea Schmidhauser fragt nach, was zum ursprünglichen Entscheid der Streichung geführt habe.

Stadtrat Hanspeter Lienhart erklärt, die Beweggründe seien vom Kanton gekommen. Dieser sage, dass in der Begegnungszone ursprünglich kein Öffentlicher Verkehr vorgesehen sei.

Andrea Schmidhauser fragt weiter, ob die Stadt sich nun bei der Tiefgarage Seematt eingekauft habe, denn bei der ZVG-Diskussion war davon die Rede.

Stadtrat Hanspeter Lienhart erklärt, das sei vorgesehen gewesen. Bei der Planung der Gewerbeliegenschaft wären zwei Tiefgaragen vorgesehen gewesen. Das zweite Untergeschoss falle nun durch den ausschliesslichen Wohnungsbau weg. Die Stadt habe sich erhofft, mit einer Betriebs AG die öffentlichen Parkplätze zu sichern. Die Investition für das zweite Untergeschoss lohne sich nun nicht mehr. Er bedauert diesen Entscheid, aber nun würden sich andere Möglichkeiten öffnen.

Walter Fehr hat folgende Frage zum Finanzplan 2009-2013: „Im Finanzplan vom 18. September 2009 ist ersichtlich, dass ein ausserordentlich hohes Investitionsvolumen ansteht, welches uns bis 2013 eine zusätzliche Verschuldung von gegen 50 Mio. Franken bescheren würde. Unsere Zielsetzungen bezüglich einem ausgeglichenen Finanzhaushalt und einer vertretbaren Verschuldung würden damit deutlich verfehlt. In diesem Finanzplan ist die Stadtverwaltung noch mit 15 Mio. Franken enthalten.“

Als Massnahme mit hoher Priorität hat der Stadtrat in Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung vorgesehen, das sehr hohe Investitionsvolumen auf Notwendigkeit, Zeitpunkt und Höhe hin zu überprüfen.

Kann uns der Stadtrat an der nächsten Gemeinderatssitzung vom 7. Dezember 2009 über die Ergebnisse Bericht erstatten oder ist ein anderer Termin dazu vorgesehen?“



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 16. November 2009

Stadtpräsident Walter Bosshard antwortet, im Rahmen der Budgetdebatte im Gemeinderat würden allenfalls Trends bekannt sein. Am 26. November 2009 werde der Finanzplan an einem Workshop besprochen. Es werde aber bestimmt Januar 2010, bis man über den überarbeiteten Finanzplan informieren könne.

Milos Alincic zeigt sich nach Andrea Schmidhausers Einwendungen zu den Bauabrechnungen erstaunt über die damalige Antwort des Stadtrats zur Interpellation betr. Submissionsverordnung. Damals habe es geheissen, dass diese eingehalten werde.

Stadtrat Hanspeter Lienhart ist nach wie vor der Meinung, dass korrekt gearbeitet werde. Er klärt die Angelegenheit ab und gibt dem Gemeinderat Antwort.

Max Nievergelt erklärt, seine Fragen zum Pausenplatz Lindenhof aus der letzten Sitzung seien noch offen. Die Fachkommission II habe die Fragen inzwischen schriftlich beantwortet bekommen. Milos Alincic habe aber die Beantwortung im Rat gewünscht.

Er führt aus, der Pausenplatz Lindenhof sei sanierungsbedürftig gewesen. Für die Sanierung habe man 200'000 Franken budgetiert. Aus der Sanierung sei ein Schulhausprojekt entstanden, welchem am 30.09.2008 die Schulpflege zugestimmt habe.

Beantwortung der Fragen von Milos Alincic:

1. Wer hat das beschlossen und bestimmt?

Die Schulpflege

2. Was kostet das Ganze?

Das Budget von 200'000 Franken sei aufgeteilt worden in 120'000 Franken im 2008 und 80'000 Franken im 2009.

3. War das tatsächlich eine gebundene Ausgabe?

Der Teil für die Sanierung war gebunden (105'000 Franken). Der Teil für die Neugestaltung war nicht gebunden (113'000 Franken).

Beantwortung der Fragen der Fachkommission:

1. Bleiben Kieshaufen bestehen?

Ja, denn diese werden bepflanzt.

2. Wie soll das später aussehen?

Bepflanzt und als Spielplatz nutzbar.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 16. November 2009

3. Was ist der Zweck des Umbaus?

Einerseits, dass die Kinder und die Lehrerschaft mitreden können. Andererseits, dass man einen Pausenplatz macht, der anders ist als die üblichen Pausenplätze. Die Kinder sollen sich um den Unterhalt, das Giessen der Pflanzen und das Wischen des Pausenplatzes selbst kümmern. Ebenfalls soll das Selbstgestalten eine abschreckende Wirkung gegen Vandalismus haben.

4. Wieso ist Fachkommission II nicht in Kenntnis gesetzt worden?

Im Rahmen des Investitionsplans, welcher von der Fachkommission II geprüft wurde, war das Vorhaben eigentlich bereits bekannt gemacht worden. Grössere Projekte werden dennoch in Zukunft mit der Fachkommission II besprochen.

Traktandum 10

Verschiedenes

Stadtrat Jürg Hintermeister informiert zum Bericht aus der Arbeitsgruppe Sportpark Erachfeld. Das Grundlagendossier sei in der Arbeitsgruppe fertig gestellt, Formulierungen angepasst und Fehler korrigiert worden, so dass es nun von allen Vertretern der Arbeitsgruppe resp. Kreisgemeinden als gut erachtet werde. Mit diesem Grundlagendossier, das heute auch noch vom letzten Vertreter verabschiedet wurde, erhalten die jeweiligen Exekutiven eine Entscheidungsgrundlage, um über die ideelle wie finanzielle Beteiligung der Kreisgemeinden am Sport- und Erholungspark Erachfeld entscheiden zu können. Sobald die Haltung der Kreisgemeinden vorliege, gelange man damit ans Parlament und die Fachkommission. In diesem Jahr sei intensiv gearbeitet worden und man sei grosse Schritte vorangekommen. Jürg Hintermeister ist guten Mutes, dass die Kreisgemeinden eine positive Haltung zum Sport- und Erholungspark einnehmen werden.

Informationen der Vorsitzenden

Beschwerde Kommunale Richt- und Nutzungsplanung

Der Bezirksrat hat mit Beschluss Nr. 251 vom 18. August 2009 die Beschwerde gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 6. April 2009 in Sachen Kommunale Richt- und Nutzungsplanung abgewiesen.

Termine

14. April 2010, 19.00 Uhr Jassturnier



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 16. November 2009

Rechtskraft von Gemeinderatsbeschlüssen

Die Beschlüsse aus der Sitzung vom 31. August 2009 sind rechtskräftig geworden.

Rechtsbelehrung

Die *Vorsitzende* verweist auf § 151 des Gemeindegesetzes. Auf ihre ausdrückliche Frage betreffend die Geschäftsführung werden keine Einwände erhoben.

Bülach, 23. November 2009

Für die Richtigkeit:

Denise Meyer, Ratssekretärin

Geprüft:

Esther Caviola
Gemeinderatspräsidentin

Andrea Spycher
1. Vizepräsidentin

Nadine Calislar-Bangerter
2. Vizepräsidentin

Geht an:

- Mitglieder des Gemeinderats
- Mitglieder des Stadtrats
- Stadtschreiber
- Stadtschreiber-Stv.
- Ratssekretärin
- Protokollsammlung



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 16. November 2009

Anwesend:	Gemeinderat 26 Mitglieder
	Stadtrat Walter Baur Walter Bosshard, Stadtpräsident (ab Traktandum 4) Hanni Guyer Jürg Hintermeister Hanspeter Lienhart Roger Suter, Stadtschreiber-Stv.
Entschuldigt:	Mark Eberli, Stadtrat Barbara Fischer Thomas Langhart Christian Mühlethaler, Stadtschreiber Max Nievergelt, Stadtrat
Vorsitz:	Esther Caviola
Protokoll:	Denise Meyer, Ratssekretärin
Weibeldienst:	Gino Taiana, Stadtweibel

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüsst die Mitglieder des Gemeinderats und des Stadtrats, das Publikum, die Pressevertreter sowie die Behördenmitglieder und das Personal der Stadtverwaltung.

Für den abwesenden Thomas Langhart übernimmt Markus Wobmann das Amt des Stimmenzählers.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 16. November 2009

Traktandenliste

Die Traktandenliste wird wie folgt gutgeheissen:

11. Protokoll der Sitzung vom 29. Juni 2009
12. Interpellation Milos Alincic betr. Rahmenvertrag WS Ingenieure AG – Antwort des Stadtrats
13. Interpellation Andrea Schmidhauser betr. Rahmenvertrag WS Ingenieure AG – Antwort des Stadtrats
14. Verkauf der städtischen Baulandparzelle Kat.-Nr. 8548, Südweg/Schritwiseweg/Zürichstrasse – Antrag und Weisung des Stadtrats
15. Fragen an Kommissionen und Stadtrat
16. Diverses

Die Anwesenheit von Stadtpräsident Walter Bosshard ist für Traktandum 4 wichtig. Er ist momentan noch in Zürich, trifft aber spätestens um 19.35 im Kirchgemeindehaus ein. **Die Vorsitzende** schlägt deshalb vor, dass das Traktandum 5 vorgezogen wird, falls die ersten drei Traktanden bereits vor 19.35 behandelt sind. Gegen den Vorschlag gibt es keine Gegenstimme.

Eingang von persönlichen Vorstössen

Es sind keine persönlichen Vorstösse eingegangen.

Traktandum 1

Protokoll der Sitzung vom 29. Juni 2009

Das Protokoll vom 29. Juni 2009 wird einstimmig genehmigt und verdankt.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 16. November 2009

Traktandum 2

Interpellation Milos Alincic betr. Rahmenvertrag WS Ingenieure AG – Antwort des Stadtrats

Milos Alincic und Mitunterzeichnerin haben mit Datum 9. März 2009, eingegangen am 9. März 2009, eine Interpellation betr. Rahmenvertrag WS Ingenieure AG eingereicht.

Der Stadtrat hat die Interpellation mit Beschluss Nr. 219 vom 1. Juli 2009 fristgerecht beantwortet (Beilage 1 zum Originalprotokoll).

Milos Alincic bedankt sich beim Stadtrat für die zeitgerechte Antwort. Mit der Antwort ist er teilweise zufrieden. Wie es scheint, besteht eine Gesetzeslücke bei den vertraglichen Dauerverhältnissen. Eine Pflicht zur periodischen Neuausschreibung bestehender Verträge fehlt. Diese Spezialsituation ging von Bund und Kanton vergessen. Der Interpellant stellt fest, dass die Stadt Bülach sich submissionskonform verhielt. Das freut ihn und er akzeptiert das. Auch bei anderen Arbeitsvergaben sind erfreulicherweise keine Fehler unterlaufen. Eine Submissionsverordnung sollte einen fairen und offenen Wettbewerb gewährleisten. Ohne die Möglichkeit zur Offertstellung ist dies aber nicht möglich. Milos Alincic wünscht sich, dass die Arbeiten bei nächster Gelegenheit ausgeschrieben werden, auch wenn dies gemäss Submissionsverordnung nicht nötig ist. Er prüft zudem, ob er eine Motion diesbezüglich einreichen soll.

Stadtrat Hanspeter Lienhart möchte die zweite Interpellation zum selben Thema abwarten, bevor er Stellung nimmt.

Traktandum 3

Interpellation Andrea Schmidhauser betr. Rahmenvertrag WS Ingenieure AG – Antwort des Stadtrats

Andrea Schmidhauser und Mitunterzeichner haben mit Datum 9. März 2009, eingegangen am 9. März 2009, eine Interpellation betr. WS Ingenieure AG eingereicht.

Der Stadtrat hat die Interpellation mit Beschluss Nr. 218 vom 1. Juli 2009 fristgerecht beantwortet (Beilage 2 zum Originalprotokoll).



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 16. November 2009

Andrea Schmidhauser dankt dem Stadtrat ebenfalls für die fristgerechte Antwort. Im Gegensatz zu Milos Alincic ist sie aber nicht zufrieden mit der Antwort. Der erste Teil der Interpellation, welcher Fragen zum Vertrag mit der WS Ingenieure AG betrifft, sei vollständig und korrekt beantwortet worden. Die Fragen zum allgemeinen Auftragsverhältnis seien aber überhaupt nicht beantwortet worden. Auf Seite 10 der Interpellationsantwort könne man lesen, Stadtrat Hanspeter Lienhart sei mit der Interpellantin übereingekommen, dass die Auswertung zuhanden der RPK für die Beantwortung der Interpellation ausreiche. Das stimme aber nicht. In der Interpellation sei ein Zeitraum von 10 Jahren gefordert worden. Im Gespräch habe sie, die Interpellantin, eingewilligt, dass die Erhebung auf eine sinnvolle Dauer verkürzt werden könne. Die Meinung war eine Kürzung auf ca. 2-3 Jahre.

Der zweite Teil der Interpellation sei nicht beantwortet worden. Die Liste mit Vergaben aus dem Jahr 2008 habe der Gemeinderat zwar nachträglich erhalten, jedoch sehe man daraus nicht, was nach welchem Kriterium vergeben wurde. Man sehe auch nicht, an wen die Vergabe ging. Die Liste sei unklar. Wie gross das durchschnittliche Auftragsvolumen an die WS Ingenieure AG sei, bleibe ebenfalls unbeantwortet. Dementsprechend ist die Interpellantin mit den Ausführungen nicht zufrieden.

Auf der zweiten Seite der Liste sei unter „freihändiges Verfahren“ für Dienstleistungen zum Quartierplan Sonnenhof der Betrag von 193'000 Franken eingetragen, obwohl die Höchstsumme doch 150'000 Franken betrage. Was die linke und rechte Spalte der Zusammenstellung bedeute, sei ebenfalls unklar. Die Interpellantin interpretiert die unvollständige Antwort des Stadtrats als Auskunftsverweigerung. Sie beantragt deshalb gemäss Geschäftsordnung des Gemeinderats Art. 44 Absatz 5, dass der Gemeinderat über die Stichhaltigkeit der Ablehnungsgründe entscheidet.

Die Vorsitzende weist den Antrag zurück, da der Stadtrat die Interpellation beantwortet habe. Jegliche Beschlussfassung oder Abstimmung über die mit der Interpellation aufgeworfene Frage sei gemäss Art. 44 Abs. 7 der Geschäftsordnung ausdrücklich ausgeschlossen.

Stadtrat Hanspeter Lienhart dankt beiden Interpellanten für die teilweise Zufriedenheit mit den Antworten. Er sei überrascht von Andrea Schmidhauser's Antworten. Es sei abgemacht worden, dass nur das eine Jahr erhoben werde. Es sei nicht so, dass der Stadtrat die Auskunft nicht hätte geben wollen. Er stellt sich auf den Standpunkt, dass die Antwort aus der Warte des Stadtrats komplett ist. Die fehlende Jahres-Investitionsübersicht könne nachgeholt werden. Aufwand und Ertrag müsse aber stimmen. Auf eine Auflistung der 10 Jahre könne man deshalb nicht eingehen.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 16. November 2009

Generell bemerkt er zur Problematik bei ausgelagerten Dienstleistungen, welche die Stadt erbringen muss, dass Bülach eine Auslagerung schon lange gewählt habe. Seit den 1960-er Jahren seien die Arbeiten der Baupolizei, Feuerpolizei und des Stadtingenieurs ausgelagert. Er bestätigt, dass die Auslagerungen ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis zwischen der jeweiligen Firma und der Stadt Bülach mit sich bringe. Das sei schon mehrmals zu Kenntnis genommen worden. Eine Alternative wäre, dass die Ausschreibung alle vier Jahre gemacht werde. Dies würde aber einen grossen Aufwand bedeuten. Eine zweite Alternative wäre, dass die Stadt Bülach die Dienstleistungen des Stadtingenieurs und der Feuerpolizei intern bewältige. Dies würde bedeuten, dass die Bauabteilung personell aufdotiert werden müsste. Zweitens müssten die Schwankungen im Bauwesen durch die Stadt Bülach getragen werden.

Stadtrat Hanspeter Lienhart versichert, dass jeweils bei Vertragsabschluss intensive Gespräche geführt werden. Zu diesem Zeitpunkt wird die Zufriedenheit hinterfragt und allfällige Kritik wird an tätigen Workshops angebracht. Den Vertrag auszuschreiben unabhängig von den gesetzlichen Grundlagen wäre möglich. Wenn die Stadt Bülach aber mit den Leistungen zufrieden ist, wird auch in Zukunft eher auf die Ausschreibung verzichtet werden. Wenn Gründe vorliegen für eine Ausschreibung, dann werde dies getan.

Die Vorsitzende informiert, dass das Traktandum 5 vorgezogen wird.

Traktandum 5

Fragen an Kommissionen und Stadtrat

Folgende noch offene Antwort von Stadtrat Mark Eberli auf die Fragen von Milos Alincic betr. Babygruppe aus der Sitzung vom 25. Mai 2009 wurde allen Gemeinderäten bereits per Mail gestellt:

1. Wie viele Tagesplätze sind zu schaffen?
Es werden 6-8 Plätze geschaffen



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 16. November 2009

2. Wie hoch sind die so genannten vernachlässigbaren Infrastruktur- und Overheadkosten?
Die Overheadkosten können noch nicht beziffert werden. Dieses Thema wird auf Wunsch des Gemeinderats zurzeit über die ganze Stadtverwaltung und alle Bereiche bearbeitet.
3. Wird mit einer Babygruppe über sechs Personen nicht das Gesetz geritzt?
Nein, da es pro Tag nicht mehr als 6 Babys unter 18 Monaten sein werden. Die Babys bleiben aber in der Gruppe bis fast zweijährig, werden dann nur noch mit Faktor 1 pro Tag berechnet, d.h. pro Tag höchstens zwei grössere Kleinkinder.
4. Wie viele auswärtige Babys zwischen 4-18 Monaten werden in Bülach betreut?
Zurzeit werden 3 auswärtige Babys betreut.
5. Wie soll die Vollkostenrechnung zusammengestellt werden?
Dazu kann ich momentan auch nur die gleiche Antwort geben wie bei der Frage 2.

Milos Alincic erklärt, die Antworten von Stadtrat Mark Eberli würden nicht mit den Aussagen in der Gemeinderatsdebatte übereinstimmen. Diese sollen deshalb nochmals überprüft werden. Dass für die Beantwortung der fünf Fragen drei Monate gebraucht wurden, ist ihm unverständlich.

Milos Alincic fragt zu den Kieshaufen auf dem Schulhausplatz Lindenhof:

1. Wer hat das beschlossen und bestimmt?
2. Was kostet das?
3. Ist das tatsächlich eine gebundene Ausgabe?

Stadtschreiber-Stellvertreter Roger Suter erklärt, die Fragen würden an der nächsten Sitzung beantwortet.

Roger Emch fragt namens der Fachkommission II zum selben Thema:

1. Bleiben die Kieshaufen auf dem Schulhausplatz Lindenhof bestehen?
2. Wie soll das später aussehen?
3. Was ist der Zweck des Umbaus der Spielwiese und des Pausenplatzes?
4. Wieso wurde die Fachkommission II nicht in Kenntnis gesetzt (auch wenn sie dazu nichts zu sagen hat)?

*** 19.20 – 19.35 Pause ***



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 16. November 2009

Traktandum 4

Verkauf der städtischen Baulandparzelle Kat.-Nr. 8548, Südweg/Schritwisienweg/Zürichstrasse – Antrag und Weisung des Stadtrats

Zu diesem Geschäft liegt der Abschied der RPK vor. Die RPK empfiehlt einstimmig, dem Antrag des Stadtrats sei unter Berücksichtigung der Änderungsanträge zuzustimmen.

Änderungsanträge Kauf- und Dienstbarkeitsvertrag:

Weitere Bestimmungen, Art. 3 Abs. 2: Frist 2 Jahre (anstelle von 3 Jahren)

Weitere Bestimmungen, Art. 3 Abs. 4: Frist 3 Jahre (anstelle von 4 Jahren)

Als Begründung gibt die RPK an: „Die RPK erachtet die verkürzten Fristen für einhaltbar. Zudem ist es sowohl für die Stadt, wie anscheinend auch für die Käufer von Interesse, das Projekt rasch zu realisieren.“

Willy Wüthrich erklärt, wie sich der Verkaufspreis von 1'600'000 Franken berechnet:

Basispreis: 3'839 m ² à 696 Franken (Medianwert 2007)	2'671'944	Franken
./.. Werteinbusse 60% für Gewässerabstandsfläche zum öffentlichen Gewässer Nr. 4.1, 733 m ² à 418 Franken	306'394	Franken
./.. Umliegung Mischabwasserkanal	446'000	Franken
./.. abzüglich Verlegung öffentliches Gewässer Nr. 4.1	334'000	Franken
Zuzüglich Vorinvestitionen der Stadt Bülach	14'450	Franken
Kaufpreis gemäss öffentlich beurkundetem Vertrag	1'600'000	Franken

Stadtpräsident Walter Bosshard kann sich der Haltung der RPK anschliessen. Da der Vertrag bereits beurkundet worden ist, muss dieser bei einer Änderung beim Notar neu beurkundet werden. Mit den Käufern wurde nach Eintreffen des RPK-Abschieds das Gespräch gesucht. Es liegt eine schriftliche Zustimmung der Käufer vor für den Fall, dass die Zusatzanträge angenommen werden.

Er informiert, die Käufer seien über die Offerte eines Dritten, welche nachträglich eingegangen ist, im Bild gewesen. Für den Stadtrat habe aber immer der unterschriebene Vertrag gegolten. Der Stadtrat habe geschaut, dass ortsansässiges Gewerbe unterstützt werden könne beim Verkauf. Damit können Arbeitsstellen geschaffen bzw. erhalten werden.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 16. November 2009

Alfred Schmid ergänzt als RPK-Präsident, dass die rechtliche Situation nach Eingang der Offerte geklärt werden musste. Die Offerte laute auf 1.7 Mio. Franken, was 100'000 Franken zusätzliche Einnahmen ausmachen würde. Die Frage, ob der Stadtrat verpflichtet sei Landverkäufe auszu-schreiben, sei mittlerweile geklärt. Die Abklärung habe ergeben, dass dies nicht nötig sei. Es gebe keine Zweifel an der Rechtmässigkeit des Vertragswerks. Der Landverkauf sei sauber, klar und transparent abgelaufen.

Eintretensdebatte

Alle sind für Eintreten.

Fraktionserklärungen

Edith Planta erklärt, die EVP-Fraktion stimme dem Landverkauf gemäss stadträtlichem Antrag zu. Es wäre jedoch begrüsst worden, wenn er das Angebot des Landverkaufs öffentlich kundgetan hätte. So hätten sich auch andere Interessenten melden können und die Stadt hätte zwischen den verschiedenen Angeboten evaluieren können. Dies natürlich unter Berücksichtigung der Zone, Umgebung und geplanten Entwicklung. Die EVP wünscht sich, dass der Erlös des Verkaufs nicht in die Stadtkasse bzw. die laufende Rechnung fliessen soll. Es wäre wünschenswert, wenn sich die Stadt damit Land kaufen würde, z.B. Landwirtschaftszone für Familiengärten im immer dichter besiedelten Soliquartier. Bei der immer dichteren Besiedlung des Quartiers und der Entwicklung auch von Büli Nord könnte die Landwirtschaftszone später in Bauland umgezont werden. Die EVP wird den Fristen des Stadtratsantrags zustimmen. Die Fristen sollen nicht unnötig verkürzt werden. Beide Parteien würden auf eine rasche Realisierung drängen. Zudem könne eine Einsprache im Baubewilligungsverfahren das Projekt bremsen oder blockieren.

Laut **Andrea Spycher** unterstützt die SVP-Fraktion den Verkauf mehrheitlich. Natürlich wäre auch die SVP erfreut gewesen, wenn das andere Angebot hätte geprüft werden können. Das Angebot sei aber lange nach dem öffentlich beurkundeten Vertrag eingereicht worden. Beim jetzigen Projekt werde das öffentliche Interesse widerspiegelt. Wenn zu einem Zeitpunkt, wo eigentlich alles geregelt und besprochen ist, mit einem neuen Bewerber verhandelt würde, würde das nicht nur die bisherigen Bewerber vor den Kopf stossen, auch verstiesse es gegen Treu und Glauben. Die SVP-Fraktion unterstützt den ersten Zusatzantrag der RPK und lehnt den zweiten Zusatzantrag ab, weil drei Jahre zum Erhalt einer rechtsgültigen Baubewilligung zu knapp bemessen sei.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 16. November 2009

Willy Wüthrich erklärt, die FDP-Fraktion unterstütze den Verkauf. Der Landpreis sei in Ordnung. Es stelle sich die Frage nach dem Wert 2008, dieser könnte höher sein, sei aber wahrscheinlich noch nicht bekannt.

Gemäss **Mike Bader** stimmt die Grüne-Fraktion dem Landverkauf inkl. RPK-Anträgen zu. Der Landverkauf diene der Erhaltung von Bülacher Unternehmen. Dass es zu Diskussionen kam, sei der Stadt zuzuschreiben. Der Stadtrat hätte transparenter vorgehen sollen. Solange man nicht wisse, welche Interessenten ein Angebot einreichen, wisse man auch nicht, was für Angebote kommen. Das lukrativste Angebot sei dabei nicht zwingend das Beste für Bülach.

Detailberatung

Andrea Schmidhauser bemerkt, es habe geheissen, dass man nicht mehr über den Verkauf verhandeln könne. Sie möchte wissen, wie Stadtrat und RPK mit dem Gegenangebot umgegangen sind.

Stadtpräsident Walter Bosshard antwortet zum Vorgehen der Ausschreibung, das Projekt habe sich über Jahre entwickelt. Die Käuferschaft sei auf die Stadt zugekommen, habe ein Projekt entwickelt und der Stadtrat sei damit einverstanden gewesen.

Zum von der EVP-Fraktion vorgeschlagenen Landkauf erklärt er, das Geld fliesse in die Finanzen der Stadt Bülach. Es sei nicht möglich damit Landwirtschafts-Land zu kaufen.

Zum Umgang mit der Gegenofferte wurde bereits im Gemeinderat diskutiert. Das Angebot sei angeschaut worden. Auch die RPK habe sofort Kenntnis erhalten von der Offerte. Man habe aber darauf nicht eintreten können, weil ein rechtsgültiger öffentlich beurkundeter Kaufvertrag vorliege.

Alfred Schmid erklärt, die RPK habe mit der Offerte gar nichts gemacht. Aufgrund der rechtlichen Situation hätten sie keine Handhabung dazu gehabt.

Auf die Frage von **Andrea Schmidhauser**, ob 100'000 Franken haben oder nicht haben für die RPK keine Rolle spiele, wird nicht geantwortet.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 16. November 2009

Abstimmungen

Der erste Änderungsantrag der RPK, unter „weitere Bestimmungen, Art. 3 Abs. 2“ die Frist von 3 Jahren auf 2 Jahre zu reduzieren, wird mit 14 Ja : 11 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Der zweite Änderungsantrag der RPK, unter „weitere Bestimmungen, Art. 3 Abs. 4“ die Frist von 4 Jahren auf 3 Jahre zu senken wird mit 10 Ja : 15 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Mike Bader stellt einen Rückkommensantrag zum ersten Zusatzantrag der RPK, da die eine Verkürzung bei der Belassung der anderen Frist nicht sinnvoll sei.

Der Rückkommensantrag wird mit 14 Zustimmungen angenommen.

Der erste Änderungsantrag der RPK, unter „weitere Bestimmungen, Art. 3 Abs. 2“ die Frist von 3 Jahren auf 2 Jahre zu reduzieren, wird mit 8 Ja : 17 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

In der Schlussabstimmung wird der Landverkauf mit 24 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt.

Der Gemeinderat **beschliesst**:

4. Dem Verkauf des städtischen Grundstücks Kat.-Nr. 8548 Südweg/Schritwiseweg/Zürichstrasse im Halte von 3'839 m² zum Preis von 1'600'000 Franken an die Miteigentümergeinschaft Francesco Santoli, Bülach, Claudio Santoli, Freienstein, Hans Jörg Meier, Bülach, und Giuseppe Di Santo, Bülach, wird zugestimmt.
5. Der Kauf- und Dienstbarkeitsvertrag, öffentlich beurkundet am 6. März 2009, wird genehmigt (Ziffer 10 lit. a der "Weiteren Bestimmungen").
6. Dieser Beschluss unterliegt gemäss Art. 10 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.
7. Mitteilung an
- Stadtrat



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 16. November 2009

Traktandum 6

Verschiedenes

Andrea Schmidhauser dankt Willy Wüthrich namens der FDP vielmals für seine langjährige Tätigkeit im Gemeinderat. Er habe in den vergangenen Jahren grosse Arbeit geleistet. In der RPK sei die Arbeit nicht zu unterschätzen. Er sei nie jemand von grossen Worten gewesen, habe aber viel für die Stadt Bülach getan, sei es im Wahlbüro oder im Gemeinderat. Für die Zukunft wünscht sie ihm alles Gute. Willy Wüthrich wird mit Applaus verabschiedet.

Die Vorsitzende spricht Willy Wüthrich ebenfalls einen Dank aus für seine achtjährige Tätigkeit als Mitglied des Gemeinderats. Er hat per heute um Entlassung aus dem Amt ersucht. Der Bezirksrat entsprach dem Gesuch. Im Namen des Gemeinderats wird der Einsatz von Willy Wüthrich zugunsten der Stadt Bülach herzlich verdankt. Für die Zukunft wird ihm alles Gute gewünscht.

Stadtpräsident Walter Bosshard entschuldigt sich für seine heutige Verspätung. Er war an einem Weinconcours in Zürich und konnte deshalb nicht zu Beginn der Sitzung in Bülach sein. Der Hüntwanger Gruebewy wurde als bester Pinot Noir (traditioneller Ausbau) der Deutschschweiz auserkoren. Mit einem Apéro möchte er sich beim Gemeinderat für die Verspätung entschuldigen und sich für die gute Zusammenarbeit bedanken.

Stadtrat Jürg Hintermeister erklärt, das Miniturnier vom 21. August 2009 habe nicht durchgeführt werden können, da am Morgen um 9 Uhr der Entscheid gefällt werden musste, ob das Turnier stattfindet oder nicht. Der Platzwart habe aufgrund des nassen Wetters entschieden, dass zur Schonung der neu sanierten Plätze nicht gespielt werden dürfe. Dass sich das Wetter im Verlaufe des Tages noch ins Gegenteil kehrte, konnte leider nicht vorhergesehen werden.

Zum Sportplatz Erachfeld informiert Stadtrat Jürg Hintermeister über den Stand der Dinge. Der Businessplan und das Grundlagendossier seien in Arbeit. Ziel sei es, am 29. Oktober 2009 das Dossier mit den Kreisgemeinden zu verabschieden.

Informationen der Vorsitzenden

Termine

19. September	Sponsorenlauf Grampen
11.-12. September	Lernfestival
5. September	Gemeinderatsreise (Besammlung um 08.20 Uhr bei der Stadthalle mit bequemem Schuhwerk)



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 16. November 2009

Rechtskraft von Gemeinderatsbeschlüssen

Die Beschlüsse aus der Sitzung vom 29. Juni 2009 sind rechtskräftig geworden.

Rechtsbelehrung

Die *Vorsitzende* verweist auf § 151 des Gemeindegesetzes. Auf ihre ausdrückliche Frage betreffend die Geschäftsführung werden keine Einwände erhoben.

Bülach, 2. September 2009

Für die Richtigkeit:

Denise Meyer, Ratssekretärin

Geprüft:

Esther Caviola
Gemeinderatspräsidentin

Andrea Spycher
1. Vizepräsidentin

Nadine Calislar-Bangerter
2. Vizepräsidentin

Geht an:

- Mitglieder des Gemeinderats
- Mitglieder des Stadtrats
- Stadtschreiber
- Stadtschreiber-Stv.
- Ratssekretärin
- Protokollsammlung